

chen nach dem Kauf kopf“ (Rizzoli), weil die Bankzinsen in der italienischen Wirtschaftskrise von 6 auf 21 Prozent kletterten.

Außerdem witterte ein Teil des Rizzoli-Clans – mit 49 Prozent Großaktionär der Verlagsgruppe – Gefahr und sprang frühzeitig ab. Angelo Rizzoli zahlte die Verwandtschaft aus und führte die Geschäfte zusammen mit seinem Vater Andrea und seinem Bruder Alberto weiter.

Mit einer Finanzspritze von 40 Millionen Mark suchte sich zunächst der Staatsmanager Eugenio Cefis, Chef des Chemieriesen Montedison, einen Zugriff auf die wichtigste Zeitung des Landes zu sichern – um so eine Waffe gegen den Vormarsch der Kommunisten in die Hand zu bekommen, denen das Geldbürgertum durchaus zutraute, bei den Wahlen von 1976 die regierende Democrazia Cristiana zu überflügeln. Doch als die KPI das nicht schaffte, zog sich Cefis, der Rizzoli weitere Gelder für den „Corriere“ zugesagt hatte, vorzeitig wieder zurück.

Rizzoli mußte nach neuen Geldgebern Ausschau halten. Beim Bittstellen in den Banken bewährte sich ein neuer Manager des Hauses, Bruno Tassan Din, der von Montedison gekommen war.

„Wunder-Bruno“ Tassan Din bekam auch tatsächlich bei den Staatsbanken Geld für Rizzoli. Aber zugleich ritt er seinen Verleger in jene finanzielle und moralische Pleite hinein, mit der das Haus schließlich zum Spielball der Großbanken und damit auch politischer Lobbys und Parteien wurde.

Das politische Intrigenspiel um den „Corriere della Sera“ begann 1977. Bis dahin hatte die „italienische Times“ („Süddeutsche Zeitung“) unter der Leitung ihres Chefredakteurs Piero Ottone zunehmend Verständnis gezeigt für die beginnende Zusammenarbeit zwischen Democrazia Cristiana und Kommunisten, die Italien aus seiner Dauerkrise führen sollte. Die konservativen Leser folgten der Zeitung nicht mehr, der „Corriere“ verlor Auflage.

Der Kurs des Blattes änderte sich radikal, als 1977 die Rückzahlung von 170 Millionen Mark an Bankkrediten fällig wurde, die Rizzoli für den Kauf des „Corriere della Sera“ aufgenommen hatte. Neuer Chefredakteur wurde Franco Di Bella. Eine Bank schoß mehr als die Hälfte des Betrages vor, verschärfte aber zugleich die Zinsbedingungen.

Das angeschlagene Verlagshaus ging, angeführt von Tassan Din, gleichwohl auf Expansion, führte „L'Occhio“ (das Auge) ein, die erste italienische Boulevardzeitung nach dem Vorbild von „Bild“, erwarb Provinzzeitungen im ganzen Land, kaufte private TV-Sender und lancierte Weltbestseller wie Oriana Fallaci „Ein Mann“.

Den dynamischen „New Look“ des Mailänder Verlagsimperiums finanzierte mittlerweile der katholische Banco Ambrosiano. Tassan Din hatte sich nämlich

der geheimen Freimaurerloge „Propaganda 2“ (P 2) angedient, die den Banco Ambrosiano praktisch kontrollierte.

Die Loge kaufte sich aber nicht ohne Hintergedanken in die Medienfabrik Rizzoli ein. Logenmeister Licio Gelli, der über den internationalen Waffenhandel südamerikanische Militärdiktaturen stützte, sah der Zusammenarbeit von Christdemokraten und Kommunisten mit Besorgnis entgegen und wollte nicht zuletzt über das Rizzoli-Imperium das Steuer politisch nach rechts reißen.

Doch ausgerechnet ein Logenbruder durchkreuzte die Pläne des toskanischen Matratzenvertreters Gelli: der Mailänder Bankier Roberto Calvi. Er war zwar mit Hilfe der P 2 vom kleinen Angestellten zum Chef des Banco Ambrosiano



Verleger Angelo Rizzoli
„Perfekte Maschine“

aufgestiegen, fühlte sich nun aber stark genug, das geheime Bündnis mit seinen Gönnern zu brechen.

Calvi zwang Rizzoli-Generaldirektor Tassan Din, die 140 Milliarden Lire, die das Verlagshaus dem Banco Ambrosiano schuldet, in eine 40prozentige Beteiligung umzuwandeln. Damit hatte er den „Corriere“ in der Hand und konnte die Zeitung zu seiner Verteidigung gegen die Loge und die Justiz benutzen, die ihm 1981 wegen illegalen Kapitalextorts den Prozeß machte.

Im Frühjahr 1981 aber explodierte der P-2-Skandal, und nun kam heraus, daß Angelo Rizzoli und sein Generaldirektor Tassan Din (seit 1978) ebenso wie „Corriere“-Chefredakteur Franco Di Bella und führende Autoren des Blattes Mitglieder der Geheimloge waren.

Die Journalisten inklusive Di Bella wurden gefeuert, der Jungverleger und

sein Generalbevollmächtigter Tassan Din jedoch blieben an ihren Plätzen. Die beiden räumten ihre Stühle nicht einmal, als im Juni vorigen Jahres Rizzoli-Aktionär Roberto Calvi nach dem Bankrott seiner eigenen Bank in London unter einer Themsebrücke erhängt aufgefunden wurde und damit auch Angelo Rizzoli klar sein mußte, daß das Spiel aus und das Ende einer „Familientragödie“ (Rizzoli) nahe war.

Die unter Staatsaufsicht gestellte Calvi-Bank forderte ab Herbst 1982 den Verkauf des „Corriere“, weil sie wenigstens einen Teil ihres Geldes zurückholen wollte. Von seinen Hauptgläubigern in die Enge gedrängt, forderte Angelo Rizzoli im Oktober selbst die Zwangsverwaltung für seine Gruppe an. Die amtlichen Prüfer aber fanden prompt ein Loch in der Bilanz: 29,6 Milliarden Lire, rund 52 Millionen Mark, sind zwischen 1976 und 1979 abgezweigt worden.

Angelo Rizzoli will sie zum Teil für fehlgeschlagene Börsenaktionen und die Auszahlung seines ebenfalls verhafteten Bruders Alberto verwendet haben. Der Mailänder Untersuchungsrichter aber verdächtigt den „Corriere“-Verleger und seinen Generalbevollmächtigten, vor dem letzten Akt ihres „skrupellosen Bankrotts einer perfekten Maschine“ („Il Giornale nuovo“) noch Gelder für einen ruhigen Lebensabend beiseite gelegt zu haben.

„Was wäre Italien ohne diesen ‚Corriere‘?“ appelliert der derzeitige Chefredakteur Alberto Cavallari an seine geschrumpfte Leserschaft – nach dem P-2-Skandal sank die Auflage des „Corriere“ um weit über 100 000 Exemplare. Die Leser, so bittet er, sollten dem zum Verkauf stehenden Blatt Mut machen „bei seinem Ritt durch die Wüste“.

SPANIEN

Um jeden Preis

In einem überraschenden Coup enteierte Spaniens sozialistische Regierung den größten privaten Konzern des Landes.

José María Ruiz-Mateos hat wohl immer geahnt, daß er seine ehrgeizigen Pläne nur mit Hilfe einer höheren Gewalt verwirklichen könnte. Der Unternehmer, Mitglied der katholischen Laienorganisation Opus Dei, unterbrach oft ganz abrupt wichtige Konferenzen, um in einem Nebenzimmer zu beten.

Doch die Macht der irdischen Autoritäten hat Ruiz-Mateos unterschätzt: Spaniens regierende Sozialisten nahmen ihm im Handstreich sein Lebenswerk – sie enteigneten Rumasa, den größten privaten Konzern des Landes.

„Dies ist ein echter Staatsstreich“, fand ein Rumasa-Manager, der noch in der Nacht vom Mittwoch zum Donners-

tag vergangener Woche in die Konzernzentrale geeilt war. Die Zeitung „El País“ sah das auch so und schrieb vom „23. Februar des José María Ruiz-Mateos“. Genau vor zwei Jahren hatte eine Handvoll Putschisten das Parlament gestürmt, um die Regierung zu stürzen.

Mit der Rumasa-Enteignung hat die Regierung des Sozialistenchefs Felipe González, kaum 100 Tage im Amt, ihre erste große Affäre. Oppositionspolitiker und Unternehmensführer argwöhnen, daß die Sozialisten nun doch mit der Verstaatlichung wichtiger Wirtschaftszweige beginnen könnten. Im Wahlprogramm sind solche Forderungen längst nicht mehr zu finden.

Eilig unterrichtete Ministerpräsident González den spanischen König Juan Carlos. Mehrfach telefonierte er mit dem Unternehmerverbandspräsidenten Carlos Ferrer Salat, um ihm die Entscheidung seiner Regierung zu erläutern.

Auch Wirtschafts- und Finanzminister Miguel Boyer mühte sich, die Rumasa-Enteignung als ein notwendiges Übel darzustellen. Die Regierung, so der Minister in einer Pressekonferenz, „vertraut auf das Marktsystem“. Sie könne nicht zulassen, daß eine große Gruppe wie der Mischkonzern Rumasa „das System durcheinanderbringt“.

Nach Boyers Darstellung mußte der Staat eingreifen, um vor allem die 60 000 Arbeitsplätze im Konzern sowie die Kundeneinlagen bei den Rumasa-Banken zu sichern. Der Konzern sei überschuldet, allein der Staat habe bis 1980 noch 21 Milliarden Pesetas (gut 400 Millionen Mark) an Forderungen gehabt.

Ganz offensichtlich hat Ruiz-Mateos die Geduld der Regierung zu sehr strapaziert. Bereits seit 1978 versuchte die Staatsbank Banco de España, die Lage

und Geschäftspolitik des Konzerns zu durchschauen. Ruiz-Mateos verweigerte alle Unterlagen.

Vorvergangene Woche hatte Wirtschaftsminister Boyer gedroht, er werde notfalls staatliche Prüfer schicken. Doch der Rumasa-Chef erklärte vor der Presse, seine Gruppe sei gesund, Boyer sei dabei, eine „beispiellose Katastrophe der spanischen Wirtschaft zu provozieren“.

Daraufhin beschloß das Kabinett in Madrid am Mittwohabend, unter Hinweis auf die Verfassung, „zum Nutzen der Allgemeinheit“ Rumasa zu enteignen. Noch in der Nacht wurde die Konzernzentrale an Madrids Plaza Colón von Polizei umstellt. Die Börsen setzten den Handel mit Rumasa-Aktien aus, die Banken der Gruppe wurden zunächst geschlossen.



Rumasa-Chef Ruiz-Mateos
„Beispiellose Katastrophe“

Ruiz-Mateos hat sich übernommen. Aus einem Familienunternehmen, das mit Sherry handelte, hatte er einen vielschichtigen Unternehmens-Koloß mit sieben Milliarden Mark Umsatz gebaut.

Unter dem Firmenzeichen der Biene in einer Wabe beherrschte Ruiz-Mateos schließlich 400 Unternehmen. Dazu gehören 18 Banken, darunter die Banco Atlántico und die Banco de Jerez, Weinkellereien bei Jerez (Williams & Humbert) und im Rioja-Gebiet (Paternina, Bodegas, Franco-Españolas), Textilfabriken, Hotelketten, Versicherungsfirmen und Baugesellschaften.

„Wachstum um jeden Preis“ war die Devise des ehrgeizigen Unternehmers aus Andalusien, der sich das Ziel gesetzt hatte, einmal wenigstens 100 000 Leute zu beschäftigen. So kaufte er, gegen den Rat der Banco de España, zu der Warenhausgruppe Galerías Preciados noch die schlecht laufenden Warenhäuser von Sears España dazu.

Ruiz-Mateos, so Minister Boyer, habe die Einlagen seiner Bankkunden vor allem für den Aufkauf immer neuer Firmen benutzt. Die Risiken seien ständig gewachsen.

In den Tagen vor der Enteignung wurde die Situation der Banken kritisch. Aufgeschreckt durch die Attacken des Wirtschaftsministers und die arrogante Verteidigung des Konzernchefs, zogen die Anleger ihr Geld ab.

Am Sonnabend der vorvergangenen Woche wurden umgerechnet rund 14 Millionen Mark abgehoben, am Montag darauf bereits 20 Millionen. Am Mittwoch schließlich, dem Tag vor der Enteignung, verloren die Rumasa-Banken 60 Millionen Mark an Einlagen. Andere Banken lehnten jede Hilfe ab.

Jetzt, so meint der Wirtschaftsminister, brauche sich niemand mehr um sein Geld, das er den Rumasa-Banken anvertraute, zu sorgen. Die Institute seien ja nun in den besten Händen, beim Staat.

Daß sie da bleiben, ist indes keineswegs ausgemacht. Im Gegenteil, die Regierung will Teile des enteigneten Konzerns wieder zum Kauf anbieten. Spanische Privatbanken haben bereits Interesse angemeldet.

In den Unternehmen der Gruppe wird, inzwischen unter staatlichen Managern, weitergearbeitet. Die Regierung hat zugesagt, daß alle Beschäftigten ihren Arbeitsplatz behalten.

Was dagegen aus José María Ruiz-Mateos wird, ist ungewiß. Er hat sich in sein Haus, zu seiner Frau und einigen seiner 13 Kinder, zurückgezogen und schweigt.

Der Staat will ihm für das requirierte Vermögen Entschädigung zahlen. Doch was der Konzern wirklich wert ist, weiß bislang niemand: Ruiz-Mateos sagt, er habe 1981 gut 120 Millionen Mark Gewinn gemacht, Minister Boyer spricht von 180 Millionen Verlust. ◆



Umstellte Rumasa-Zentrale*: Die Regierung verlor die Geduld

* In Madrid, am Donnerstagmorgen der vergangenen Woche.